

## **Gesetzentwurf der Landesregierung**

### **Gesetz über Einmalzahlungen in den Jahren 2006 und 2007 an Beamte, Richter und Versorgungsempfänger**

#### **A. Zielsetzung**

Im Tarifbereich erhalten die Angestellten des Landes und der Gemeinden, Gemeindeverbände usw. in den Jahren 2006 und 2007 anstelle von linearen Anpassungen Einmalzahlungen in unterschiedlicher Höhe (beim Land: 2006 zwischen 50 Euro und 150 Euro, 2007 insgesamt zwischen 160 Euro und 760 Euro je nach Entgeltgruppe – höchste Beträge in den unteren Entgeltgruppen –; bei den Kommunen: einheitlich 300 Euro jeweils in 2006 und 2007).

Auch die Beamtinnen und Beamten des Landes und der Kommunen, die Richterinnen und Richter des Landes und die Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger des Landes und der Kommunen sollen als Bezügeanpassungen in diesen Jahren Einmalzahlungen erhalten. Die Einmalzahlungen sollen – ohne Rücksicht auf die Besoldungsgruppe – betragsmäßig gleich hoch sein.

Nachdem die Gesetzgebungszuständigkeit für die Besoldung und Versorgung des o. a. Personenkreises durch die Föderalismusreform auf die Länder übergegangen ist, hat der Landesgesetzgeber die Regelungen für die Einmalzahlungen zu treffen.

#### **B. Wesentlicher Inhalt**

Der Gesetzentwurf enthält Regelungen zu

- Einmalzahlungen für die Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter für das Jahr 2006 von 300 Euro und für das Jahr 2007 von 200 Euro;
- Einmalzahlungen für die Empfängerinnen und Empfänger laufender Versorgungsbezüge in den Jahren 2006 und 2007, die sich jeweils nach dem jeweiligen Ruhegehaltssatz, den Anteilssätzen des Witwen- und Waisengeldes usw. aus den für die Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter jeweils geltenden Beträgen berechnen;

- Einmalzahlungen für die Beamtinnen und Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst (Anwärter) in 2006 und 2007 von jeweils 100 Euro und für Dienstanfängerinnen und Dienstanfänger nach § 21 des Landesbeamtengesetzes von jeweils 60 Euro.

#### C. Alternativen

Volle Übernahme entweder der Tarifregelungen über Einmalzahlungen in 2006 und 2007 für Angestellte des Landes oder für Angestellte im Kommunalbereich.

Einer Übernahme der Regelungen für die Angestellten des Landes in den Beamten- und Versorgungsbereich steht nach Auffassung der Landesregierung diametral das Leistungsprinzip entgegen, das verstärkt in das Besoldungssystem Eingang finden soll. Einer vollen Übernahme der Regelungen im Tarifbereich der Kommunen stehen nach Auffassung der Landesregierung vorrangige haushaltspolitische Zwänge entgegen.

#### D. Kosten für die öffentlichen Haushalte

Die im Gesetzentwurf enthaltenen Regelungen bringen für das Land Personalmehrkosten im Jahr 2006 von 62 Mio. Euro und im Jahr 2007 von 42 Mio. Euro mit sich. Die Mehrkosten für 2006 sind durch die Haushaltsansätze für dieses Jahr gedeckt. Die Mehrkosten für 2007 werden im Entwurf des Doppelhaushalts 2007/2008 veranschlagt.

Die Mehrkosten bei den Gemeinden, Gemeindeverbänden und den sonstigen Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts belaufen sich für 2006 auf rd. 9,6 Mio. Euro und für 2007 auf 6,4 Mio. Euro.

#### E. Kosten für Private

Keine.

**Staatsministerium  
Baden-Württemberg  
Ministerpräsident**

Stuttgart, den 14. November 2006

An den  
Präsidenten des Landtags  
von Baden-Württemberg

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident,

in der Anlage übersende ich gemäß Artikel 59 Abs. 1 der Landesverfassung den von der Landesregierung beschlossenen Entwurf eines Gesetzes über Einmalzahlungen in den Jahren 2006 und 2007 an Beamte, Richter und Versorgungsempfänger mit Begründung, Vorblatt und Zusammenfassung der Ergebnisse der Verbandsanhörung. Ich bitte, die Beschlussfassung des Landtags herbeizuführen. Federführend ist das Finanzministerium.

Mit freundlichen Grüßen

Oettinger  
Ministerpräsident

Der Landtag wolle beschließen,  
dem nachstehenden Gesetzentwurf seine Zustimmung zu erteilen:

**Gesetz über Einmalzahlungen  
in den Jahren 2006 und 2007  
an Beamte, Richter und  
Versorgungsempfänger**

§ 1

*Geltungsbereich und Berechtigte*

(1) Dieses Gesetz regelt die Gewährung von Einmalzahlungen in den Jahren 2006 und 2007.

(2) Einmalzahlungen erhalten nach diesem Gesetz:

1. Beamtinnen, Beamte, Richterinnen und Richter des Landes,
2. Beamtinnen und Beamte der Gemeinden, der Gemeindeverbände und der sonstigen der Aufsicht des Landes unterstehenden Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts,
3. Empfängerinnen und Empfänger von Entpflichtetenbezügen des Landes,
4. Dienstanfängerinnen und Dienstanfänger nach § 21 des Landesbeamtengesetzes,
5. Empfängerinnen und Empfänger laufender Versorgungsbezüge aus dem in den Nummern 1 bis 3 genannten Personenkreis mit Ausnahme der Empfängerinnen und Empfänger eines Unterhaltsbeitrags durch Gnadenerweis oder Disziplinarentscheidung sowie der Empfängerinnen und Empfänger von Übergangsgeld nach §§ 47 und 47 a des Beamtenversorgungsgesetzes (BeamtVG). Zu den laufenden Versorgungsbezügen gehören auch der Ausgleich und der Mindestbelassungsbetrag nach Artikel 2 § 2 Abs. 1 bis 3 und Artikel 3 § 3 Abs. 2 bis 4 des 2. Haushaltsstrukturgesetzes vom 22. Dezember 1981 (BGBl. I S. 1523), zuletzt geändert durch Gesetz vom 30. November 1989 (BGBl. I S. 2094).

Ausgenommen sind die Ehrenbeamtinnen und Ehrenbeamten, die ehrenamtlichen Richterinnen und Richter sowie die Beamtinnen und Beamten auf Widerruf, die nebenbei verwendet werden.

(3) Dieses Gesetz gilt nicht für die öffentlich-rechtlichen Religionsgemeinschaften und ihre Verbände.

## § 2

*Höhe*

(1) Die Einmalzahlungen betragen für

1. Beamtinnen und Beamte mit Ausnahme der in Nummer 2 genannten Beamtinnen und Beamten sowie Richterinnen und Richter im Jahr 2006 300 Euro und im Jahr 2007 200 Euro,
2. Beamtinnen und Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst in den Jahren 2006 und 2007 jeweils 100 Euro und
3. Dienstanfängerinnen und Dienstanfänger in den Jahren 2006 und 2007 jeweils 60 Euro.

(2) Als Einmalzahlung erhalten Berechtigte nach § 1 Abs. 2 Satz 1 Nr. 5 in den Jahren 2006 und 2007 den Betrag, der sich nach dem jeweiligen maßgebenden Ruhegehaltssatz und den Anteilssätzen des Witwen- und Waisengeldes sowie des Unterhaltsbeitrages im Jahr 2006 aus dem Betrag von 300 Euro und im Jahr 2007 aus dem Betrag von 200 Euro berechnet. Bei Empfängerinnen und Empfängern von Mindestversorgungsbezügen gilt der jeweils maßgebende Mindestruhegehaltssatz.

Abweichend hiervon erhalten als Einmalzahlung Berechtigte im Sinne des § 71 Abs. 2 BeamtVG im Jahr 2006 180 Euro und im Jahr 2007 120 Euro, Witwen, Witwer und versorgungsberechtigte geschiedene Ehegatten im Jahr 2006 108 Euro und im Jahr 2007 72 Euro, Empfängerinnen und Empfänger von Vollwaisengeld im Jahr 2006 36 Euro und im Jahr 2007 24 Euro und Empfängerinnen und Empfänger von Halbwaisengeld im Jahr 2006 22 Euro und im Jahr 2007 15 Euro; dies gilt nicht in den Fällen der Gewährung von Mindestversorgung.

## § 3

*Zahlungszeitpunkte*

Die Einmalzahlung für das Jahr 2006 wird zusammen mit den Bezügen des auf den Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Gesetzes folgenden Monats gezahlt. Die Einmalzahlung für das Jahr 2007 wird zusammen mit den Bezügen für den Monat Mai 2007 gezahlt.

## § 4

*Voraussetzungen*

(1) Der Anspruch auf

1. die Einmalzahlung des Jahres 2006 entsteht, wenn im Monat September 2006,
2. die Einmalzahlung des Jahres 2007 entsteht, wenn im Monat Mai 2007

ein Anspruch auf laufende Bezüge aus einem in § 1 Abs. 2 genannten Rechtsverhältnis besteht.

(2) Die §§ 6, 7 und 54 des Bundesbesoldungsgesetzes finden Anwendung.

(3) Maßgebend für Grund und Höhe der Einmalzahlungen sind die Verhältnisse des ersten regelmäßigen, nicht allgemein dienstfreien Arbeitstages des jeweiligen Monats.

(4) Die Zahlungen nach Absatz 1 werden jeder Berechtigten und jedem Berechtigten jeweils nur einmal gewährt; der Anspruch richtet sich gegen den Dienstherrn, der die Bezüge zu den jeweiligen Stichtagen zu zahlen hat. Den Zahlungen nach diesem Gesetz stehen entsprechende Leistungen aus einem anderen Rechtsverhältnis im öffentlichen Dienst gleich.

(5) Der Anspruch aus einem Dienstverhältnis geht dem Anspruch aus dem Rechtsverhältnis als Versorgungsempfängerin oder Versorgungsempfänger vor. Der Anspruch aus einem späteren Rechtsverhältnis als Versorgungsempfängerin oder Versorgungsempfänger geht dem Anspruch aus einem früheren Rechtsverhältnis als Versorgungsempfängerin oder Versorgungsempfänger vor. Beim Zusammentreffen von Ruhegehalt mit Hinterbliebenenversorgung bemisst sich die Einmalzahlung nach dem Ruhegehalt; sie wird neben dem Ruhegehalt gezahlt.

(6) Die Zahlungen bleiben bei sonstigen Besoldungs- und Versorgungsleistungen unberücksichtigt; Ruhens- und Anrechnungsvorschriften sowie Vorschriften über die anteilige Kürzung sind nicht anzuwenden.

## § 5

### *Inkrafttreten*

Dieses Gesetz tritt am Tag nach seiner Verkündung in Kraft. Es tritt mit Ablauf des 31. Dezember 2007 außer Kraft.

## Begründung

### *A. Allgemeiner Teil*

Die Dienstbezüge der Beamtinnen und Beamten sind durch den Bundesgesetzgeber zuletzt mit Wirkung vom 1. August 2004 durch das Gesetz über die Anpassung von Dienst- und Versorgungsbezügen in Bund und Ländern 2003/2004 vom 10. September 2003 (BGBl. I S. 1798) angepasst worden. Die Gesetzgebungszuständigkeit für die Besoldung und die Versorgung der (ehemaligen) Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter des Landes, der Beamtinnen und Beamten der Gemeinden, der Gemeindeverbände und der sonstigen der Aufsicht des Landes unterstehenden Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts ist im Zusammenhang mit der Föderalismusreform durch das Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes vom 28. August 2006 (BGBl. I S. 2034) mit Wirkung vom 1. September 2006 auf das Land übergegangen.

Im Tarifbereich des öffentlichen Dienstes erhalten die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer des Bundes und des Kommunalbereichs an Stelle einer linearen Erhöhung in den Jahren 2005, 2006 und 2007 jeweils eine Einmalzahlung in Höhe von 300 Euro, Auszubildende jeweils 100 Euro. Für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer des Landes wurden für die Jahre 2006 und 2007 insgesamt 3 Einmalzahlungen vereinbart. Sie betragen im Jahre 2006 zwischen 50 Euro und 150 Euro, im Januar 2007 zwischen 60 Euro und 310 Euro und im September 2007 zwischen 100 Euro und 450 Euro. Die Höhe ist abhängig von der Entgeltgruppe der Berechtigten oder des Berechtigten, wobei aus sozialen Gründen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in niedrigeren Entgeltgruppen höhere Einmalbeträge erhalten. Abweichend von diesem Prinzip erhalten Auszubildende auch hier nur jeweils 100 Euro.

Vor diesem Hintergrund sollen nunmehr auch die Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter im Land Einmalzahlungen erhalten. Diese sollen – für alle Besoldungsgruppen einheitlich – für das Jahr 2006 300 Euro und das Jahr 2007 200 Euro, bzw. für Anwärtnerinnen und Anwärtler für diese Jahre jeweils 100 Euro betragen und an einem einzigen Termin je Jahr (nicht in mehreren Raten) gezahlt werden. Nach Auffassung der Landesregierung konterkariert die tarifliche Regelung für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer des Landes das Leistungsprinzip; sie wird deshalb für den Beamtenbereich nicht übernommen. Die Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter erhalten stattdessen einen einheitlichen Betrag. Dies ist ein angemessener Kompromiss zwischen sozialen Erwägungen und den berechtigten Erwartungen der Beamten- und Richterschaft, an der Entwicklung der allgemeinen wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse teilzuhaben.

Weiterhin ist die Landesregierung der Auffassung, dass die Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger des Landes und der Kommunen in den Jahren 2006 und 2007 ebenfalls entsprechende Einmalzahlungen erhalten sollen, die sich – ausgehend von dem für die Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter jeweils geltenden Betrag – nach dem jeweiligen maßgebenden Ruhegehaltsatz und den Anteilssätzen des Witwen- und Waisengeldes sowie des Unterhaltsbeitrages berechnen. Für Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger ist bei Einmalzahlungen von Gesetzes wegen zwar kein Gleichklang mit den Beamtinnen, Beamten und Richterinnen und Richtern erforderlich. Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger könnten somit grundsätzlich von den Einmalzahlungen ausgenommen werden. Ein Vergleich mit der ausgesetzten Rentenanpassung für Rentenempfänger ist jedoch nicht sachgerecht, weil Rentenrecht und Versorgungsrecht völlig unterschiedliche Altersversorgungssysteme sind, die sich nicht unmittelbar vergleichen lassen.

Die Bemessung der Einmalzahlungen muss auf die angespannte Haushaltslage des Landes Rücksicht nehmen und dem dringend notwendigen Abbau der Neu-

verschuldung Rechnung tragen. Die im Gesetzentwurf vorgesehenen Einmalzahlungen bringen für das Land Personalkosten für das Jahr 2006 von 62 Mio. Euro und für das Jahr 2007 von 42 Mio. Euro mit sich. Die Mehrkosten für 2006 sind durch die Haushaltsansätze gedeckt. Die zusätzlichen Personalkosten bei den Gemeinden und Gemeindeverbänden sowie den anderen der Aufsicht des Landes unterstehenden Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts belaufen sich im Jahr 2006 auf rd. 9,6 Mio. Euro und im Jahr 2007 auf rd. 6,4 Mio. Euro.

#### *B. Einzelbegründung*

##### *Zu § 1*

Die Vorschrift regelt den Geltungsbereich des Gesetzes und den Empfängerkreis der Einmalzahlungen.

##### *Zu § 2*

Die Vorschrift legt die Höhe der Jahresbeträge der Einmalzahlungen fest.

Für den in Absatz 2 Satz 3 genannten Personenkreis muss eine Pauschalierung vorgenommen werden, da eine Anknüpfung an einen Ruhegehaltsatz hier nicht möglich ist.

##### *Zu § 3*

Die Einmalzahlungen sollen nicht in Teilbeträgen, sondern in jedem Jahr in einem Betrag gewährt werden.

##### *Zu § 4*

##### *Zu Absatz 1*

Der Anspruch auf jede der Einmalzahlungen soll davon abhängig gemacht werden, dass an einem zu jedem Zahlungszeitpunkt festgelegten Stichtag ein Anspruch auf laufende Bezüge aus einem in § 1 Abs. 2 genannten Rechtsverhältnis besteht.

##### *Zu Absatz 2*

Teilzeitbeschäftigte sollen die Einmalzahlungen nur im Verhältnis ihrer Arbeitszeit zur regelmäßigen Arbeitszeit erhalten.

Die Einmalzahlungen sollen bei einem ausländischen Dienstort dem Kaufkraftausgleich unterliegen.

##### *Zu Absatz 3*

Absatz 3 regelt für jeden Zahlungszeitpunkt einen Stichtag, der die maßgebenden Verhältnisse für die Anwendung des Gesetzes festlegt. Der Stichtag ist insbesondere für Absatz 1 von Bedeutung.

##### *Zu Absatz 4*

Die Vorschrift enthält eine Konkurrenzregelung, durch die sichergestellt werden soll, dass die Einmalzahlung den Berechtigten für den jeweiligen Zahlungszeitpunkt nur einmal gewährt wird. Darüber hinaus soll eine Einmalzahlung nicht gewährt werden, wenn die Berechtigte oder der Berechtigte bereits eine entsprechende Einmalzahlung aus einem Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes erhalten hat, oder diese ihr bzw. ihm zum gleichen Zeitpunkt wie eine Einmalzahlung nach diesem Gesetz zusteht.



## Zu Absatz 5

Die Vorschrift enthält über den Absatz 4 hinaus weitere Konkurrenzvorschriften für den Bereich der Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger.

## Zu Absatz 6

Absatz 6 stellt klar, dass die Einmalzahlungen bei sonstigen Besoldungs- und Versorgungsleistungen nicht zu berücksichtigen sind.

## Zu § 5

Die Vorschrift regelt das Inkrafttreten. Das Gesetz soll am Tag nach der Verkündung in Kraft treten.

Da das Gesetz nur Leistungen in 2006 und 2007 regelt, also nur befristete Geltungsdauer hat, soll es mit Ablauf des Jahres 2007 wieder außer Kraft treten.

*C. Stellungnahmen der Spitzenorganisationen der Gewerkschaften und Berufsverbände und der kommunalen Landesverbände im Verfahren nach § 120 Abs. 3 Landesbeamtengesetz zu wichtigen Fragen des Gesetzentwurfs*

Verband/ Gewerkschaft	Begehren	Begründung des Begehrens	Votum der Landes- regierung mit Begründung
Beamtenbund Baden- Württemberg	Einmalzahlung in 2007 – wie in 2006 – 300 Euro (statt 200 Euro); für Versorgungsempfänger entsprechende Er- höhung nach Maßgabe des Ruhegehaltssatzes usw.	Die Beamten und Richter (künftig kurz: Beamte) sowie die Versorgungsempfänger haben einen gesetzlichen Anspruch auf eine Anpassung der Besoldung und Ver- sorgung an die all- gemeine Einkommens- entwicklung. Stattdessen mussten sie in den vergangenen Jahren drastische Einsparungen hinnehmen (z. B. Er- höhung der wöchent- lichen Arbeitszeit auf 41 Stunden, Streichung des Urlaubsgelds und Kürzung der Sonderzu- wendung – monatliche Sonderzahlung –, Ab- senkung der Ver- sorgungsbezüge); auch im Jahr 2005 ist keine	<b>Wurde im Gesetz- entwurf nicht berück- sichtigt.</b> Die Landesregierung ist der Auffassung, dass an- gesichts der angespannten Haushaltsslage und der dringend notwendigen Rückführung der Neu- verschuldung eine Er- höhung der Einmal- zahlung in 2007 auf 300 Euro nicht möglich ist. Eine solche Erhöhung der Einmalzahlung würde beim Land zu Personal- mehrkosten in 2007 von rd. 21 Mio. Euro führen.

Verband/ Gewerkschaft	Begehren	Begründung des Begehrens	Votum der Landes- regierung mit Begründung										
	<p>Lineare Anpassung der Besoldung und Versorgung ab 1. Januar 2008 um 2,9 %.</p> <p>Lineare Erhöhung der Besoldung um 3,93 % als Ausgleich für die höhere regelmäßige Arbeitszeit der Beamten (41 Stunden) im Vergleich zu den Angestellten (lt. TV-Länder in Baden-Württemberg 39,5 Stunden).</p>	<p>Erhöhung erfolgt. Entsprechend den Regelungen für die Angestellten bei den Kommunen soll die Einmalzahlung in beiden Jahren jeweils 300 Euro betragen.</p> <p>Die Beamten und Versorgungsempfänger müssen im gleichen Umfang und zum gleichen Zeitpunkt wie die Angestellten des Landes an der Einkommensentwicklung teilnehmen. Für die längere Arbeitszeit der Beamten im Vergleich zu den Angestellten muss ein monetärer Ausgleich geschaffen werden.</p>	<p><b>Wurde im Gesetz-entwurf nicht berücksichtigt.</b></p> <p>Gegenstand des Gesetzesentwurfs sollen allein Einmalzahlungen in 2006 und 2007 sein. Die Frage, in welcher Höhe und ab welchem Zeitpunkt die Besoldung und Versorgung linear angepasst werden, soll Gegenstand eines gesonderten späteren Gesetzgebungsverfahrens sein.</p>										
Deutscher Gewerkschaftsbund Bezirk Baden-Württemberg	<p>Die Beamten sollen in den Jahren 2006 und 2007 gleich hohe Einmalzahlungen erhalten wie die Angestellten des Landes in den entsprechenden Entgeltgruppen, d.h.</p> <p><b>2006:</b></p> <table><tr><td>Anstelle von 300 Euro</td><td></td></tr><tr><td></td><td>Euro</td></tr><tr><td>in A 2 bis A 8</td><td>150</td></tr><tr><td>A 9 bis A 12</td><td>100</td></tr><tr><td>höhere BesGr.</td><td>50</td></tr></table>	Anstelle von 300 Euro			Euro	in A 2 bis A 8	150	A 9 bis A 12	100	höhere BesGr.	50	<p>Der Gleichklang mit den Angestellten ist erforderlich, weil die Beamten in der Vergangenheit schon erhebliche Einschnitte in der Einkommensentwicklung hinnehmen mussten (z.B. Kürzung der Sonderzahlungen, Streichung des Urlaubsgeldes, letzte Anpassung ab 1. August 2004 um 1 % –</p>	<p><b>Wurde im Gesetz-entwurf nicht berücksichtigt.</b></p> <p>Die Einmalzahlungen an Beamte sind eine besondere Form der Anpassung der Besoldung nach § 14 BBesG an die allgemeinen wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse. Auf eine solche Anpassung haben alle Beamten – sowohl in den unteren als auch in</p>
Anstelle von 300 Euro													
	Euro												
in A 2 bis A 8	150												
A 9 bis A 12	100												
höhere BesGr.	50												

Verband/ Gewerkschaft	Begehren	Begründung des Begehrens	Votum der Landes- regierung mit Begründung
	<p><b>2007:</b></p> <p>Anstelle von 200 Euro</p> <p>Euro</p> <p>in A 2 bis A 8 760</p> <p>A 9 bis A 12 510</p> <p>höhere BesGr. 160</p> <p>Die Einmalzahlungen der Versorgungsempfänger sollen sich nach diesen Beträgen bemessen (reduziert entsprechend dem Ruhegehaltssatz usw.).</p>	<p>also in 2005 eine „Nullrunde“).</p> <p>Dass nach Besoldungsgruppen gestaffelte Einmalzahlungen dem Leistungsprinzip diametral entgegenstehen sollen, erschließt sich dem DGB nicht.</p> <p>Eine soziale Staffelung macht durchaus Sinn.</p> <p>Die unteren und mittleren Besoldungsgruppen sind durch allgemeine Preissteigerungen besonders betroffen. Gerade weil in den unteren Besoldungsgruppen nicht leistungsgerecht bezahlt wird, bietet sich bei sozial gestaffelten Einmalzahlungen eine Chance für einen</p> <p>– wenn auch geringen</p> <p>– Ausgleich.</p>	<p>den oberen Besoldungsgruppen – gleichermaßen Anspruch. Entsprechendes gilt für Versorgungsempfänger. Darüber hinaus hat sich die Landesregierung zum Ziel gesetzt, die Besoldung in Zukunft stärker leistungsorientiert auszugestalten. Diesen Anforderungen werden Einmalzahlungen in gleich hohen Beträgen besser gerecht als die geforderten gestaffelten Beträge. Einmalzahlungen in festen einheitlichen Beträgen führen in den unteren Besoldungsgruppen zu prozentual deutlich höheren Steigerungen des jeweiligen Gehalts als in den oberen Besoldungsgruppen. Nach Meinung der Landesregierung ist damit sozialen Erwägungen ausreichend Rechnung getragen. Auch die Angestellten im Kommunalbereich erhalten einheitliche Einmalzahlungen ungeachtet der jeweiligen Entgeltgruppe (siehe nachrangiges alternatives Begehren des DGB).</p>
	<p><b>Nachrangiges alternatives Begehren:</b></p> <p>Auch in 2007 Einmalzahlungen von 300 Euro für Beamte.</p>	<p>Alternativ könnten Einmalzahlungen in der gleichen Höhe gewährt werden wie bei den Angestellten</p>	<p><b>Wurde im Gesetz-entwurf nicht berücksichtigt.</b></p> <p>Auf die o. a. Stellungnahme zu dem ent-</p>

Verband/ Gewerkschaft	Begehren	Begründung des Begehrens	Votum der Landes- regierung mit Begründung
	Entsprechende Folge- rungen auch für die Versorgungsempfänger.	der Kommunen. Haushaltspolitische Zwänge für Einmal- zahlungen von 300 Euro in 2007 ins Feld zu führen, hält der DGB für vorgeschoben.	sprechenden Begehren des Beamtenbundes wird verwiesen.
Verein der Richter und Staatsanwälte in Baden- Württemberg e.V.	Einmalzahlungen in gleicher Höhe an alle Beamten und Richter werden unter dem Ge- sichtspunkt eines Infla- tionsausgleichs und des Leistungsgedanken für richtig gehalten. Es wird jedoch als Sys- tembruch im Vergleich zu den Angestellten an- gesehen, dass die Ein- malzahlungen nicht in die spätere Versorgung eingehen (bei den An- gestellten sind sie Be- messungsgrundlage zur gesetzlichen Renten- versicherung).	Der Verband sieht in diesem Systembruch bei der Altersver- sorgung eine Benach- teiligung der Ver- sorgungsempfänger.	<b>Wurde im Gesetz- entwurf nicht berück- sichtigt.</b> Die unterschiedlichen Altersversorgungssysteme lassen nach Auffassung der Landesregierung einen solchen Vergleich nicht zu.

Der Landkreistag und der Gemeindetag Baden-Württemberg haben sich zu dem  
Gesetzesentwurf ebenfalls geäußert und ihm jeweils zugestimmt.